

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/112

Bonn, den 22. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Bildung: "Programm Nummer 1" für die Bundeswehr</u> Helmut Schmidts Reform weist entschlossen nach vorwärts	66

3 - 4	<u>Sicher in die Zukunft</u> Wieder SPD/FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen	73
-------	---------------------------------------------------------------------------------	----

5 - 6	<u>Wachablösung in London</u> Edward Heath entwand Harold Wilson die Macht	67
-------	-------------------------------------------------------------------------------	----

Bildung: "Programm Nummer 1" für die Bundeswehr

Helmut Schmidts Reform weist entschlossen nach vorwärts

sp - Die neue politische Bundeswehrführung hat im personellen Bereich der Streitkräfte eindeutigen Vorrang den zielstrebig und zügig angestrebten Reformen gegeben. Der soziale und der Wehrgerechtigkeitsaspekt bilden dabei zweifellos die spektakuläreren, weil nach außen besser zunächst zu erkennenden Bestrebungen. Mindestens gleichgewichtig aber sind die ausgeprägten Bemühungen, der Aus- und Weiterbildung der Soldaten mit aller, auch finanziell abgestützter Entschiedenheit auf breiter Ebene voranzutreiben. Nur moderne Bildung schafft moderne Menschen, die sich der modernen sozialen und demokratischen Gesellschaft wirklich von selbst voll integrieren und in ihr wirken, sie mit aufbauen und sie durch persönliches Engagement tragen.

Klare Aussagen der Staatssekretäre Karl Wilhelm Berkhan und Dr. Ernst Wolf Momsen vor den SPD-Wehrpolitikern in Bremen haben diesen Teil der Reformabsichten des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt besonders deutlich herausgehoben. Es ist erkennbar geworden, daß der Bildungssektor als "Programm Nummer 1" der Hardthöhe anzusehen ist. Die hauptberufliche Anstellung des bekannten Bildungs- und Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Thomas Ellwein als Leiter der neuen Kommission für Wissenschaft und Bildung kann symptomatisch gewertet werden. In dieser Kommission werden erfahrene Experten aller beteiligter Gebiete eng zusammenarbeiten, um so bald wie möglich ein konkretes Programm für die Aus- und die Weiterbildung der Soldaten aller Dienstgrade und aller Dienstformen vorzulegen, das dann auch mit der notwendigen Dringlichkeit realisiert werden soll.

Es kann nach dem Stand der Erkenntnisse von Mitte 1970 keinen Zweifel mehr geben, daß die Bundeswehr, ungeachtet allen anderen Reformbemühungen, z.B. in der Organisation und in der Rüstung, diese Bildungsaufgaben so kurzfristig wie möglich bewältigen muß, wenn anders sie nicht schwersten inneren Schaden erleiden soll, der auch schwerste äußere Konsequenzen mit sich bringen müßte. Bildung heißt hier viel mehr, als der zivile Bürger üblicherweise annehmen kann. Die Bundeswehr ist schon existenziell gezwungen, mit den Fortschritten

der Gesellschaft, in die sie sich voll integriert hat, Schritt zu halten. Das Berufsbild des Soldaten, ob Wehrpflichtiger oder Zeitsoldat oder Berufssoldat, muß im ganzen Umfang modernisiert, rationalisiert und aus der völligen Spezialisierung herausgenommen werden, die man bisher mit der Vorstellung vom Soldaten verbunden hatte.

Die endgültigen Richtlinien werden sich als Ergebnis der Kommissionsarbeit anbieten. Sicher ist aber schon heute, daß die Ausbildung des Offiziers als wissenschaftliche Ausbildung im hochschul- oder fachschulmäßigen Sinne gestaltet und anerkannt wird. Natürlich wird auch der Offizier von morgen ein ausgezeichneter militärischer Praktiker und Taktiker sein müssen. Aber auch militärische Führung ist nicht mehr möglich ohne die wissenschaftlich untermauerte Fähigkeit zur selbständigen und kooperativen Lösung der auf jeden Offizier zwangsläufig zukommenden Probleme allgemeiner oder spezieller Art. Die Gesellschaft kann und muß verlangen, daß die Führungskräfte der Bundeswehr imstande sind, ihre Aufgabe entsprechend den neuen menschlichen, sozialen, technischen und politischen Bedingungen ihrer Umwelt zu erfüllen.

Die politische Führung der Hardthöhe ist sich klar darüber, daß die Bestrebungen, die Offiziersbildung zu modernisieren, natürlich unmittelbare Folgen für die Umgestaltung der Aus- und Weiterbildung der Unteroffiziere und daran anschließend für alle Bundeswehrangehörigen haben muß. Diese neuen soldatischen Berufsbilder müssen insgesamt, vorzüglich aber für Führer aller Grade, so gestaltet werden, daß sie nicht nur die militärische Funktionstüchtigkeit sicherstellen, sondern auch den nahtlosen Übergang in eine zivile Anschlußverwendung garantieren. Das aber heißt, daß die Anforderungen an die Ausbildung in der Bundeswehr so viel wie nur möglich mit denen der zivilen Bereiche abgestimmt und verknüpft werden. Bildungspolitik muß heute und morgen auch für die Bundeswehr moderne Sozial- und Gesellschaftspolitik sein. Die Bundeswehr muß sich in allen ihren Gliederungen und Einzelpersonen über die große und verpflichtende Umgestaltungsaufgabe und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen völlig klar werden, oder sie hätte, wie Staatssekretär Berkhan so eindringlich gewarnt hat, den Preis des hoffnungslosen Zurückfallens zu bezahlen.

+ - +

## Sicher in die Zukunft

### Wieder SPD/FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen

Kr - Bereits am sechsten Tag nach der Landtagswahl vom 14. Juni in Nordrhein-Westfalen stand das Ergebnis der Verhandlungen zwischen SPD und FDP in Düsseldorf fest: Unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn wird die erfolgreiche Arbeit der letzten dreieinhalb Jahren fortgesetzt. Die mit 95 Landtagsmandaten aus der Wahl hervorgegangene CDU wird auf die Oppositionsbänke verwiesen. SPD (94) und FDP (11) verfügen über eine Mehrheit von zehn Sitzen.

### Der umstrittene Führungsanspruch der CDU

Pochend auf ihren Wahlerfolg meldete die CDU als erste Partei den Führungsanspruch an. Daß es anders kam, ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß SPD und FDP sich schon vor der Wahl zur Fortsetzung der erfolgreichen Koalition bereiterklärten. Die CDU hat wie schon oft in Düsseldorf (auch ohne Köppler) die Rechnung ohne den Wirt gemacht, obwohl sie es sich nach diesem global gegen die SPD/FDP-Koalition in Bonn und Düsseldorf geführten Wahlkampf an jedem Finger hätte "abzählen" können, daß sie nach dem 14. Juni alternativ von SPD und FDP gemeinsam konfrontiert sein würde.

Unter diesem Aspekt ist die jetzt sanktionierte Fortsetzung der Regierung Kühn/Weyer zu werten: Köppler und seine Wahlmetadoren attackierten die gemeinsame Politik von SPD und FDP. Jedes Mittel war der CDU dabei recht und billig. Altbundeskanzler Kiesinger wollte die FDP (nach der Bundestagswahl) aus allen Länderparlamenten hinauskatapultieren, Köppler versuchte es dann im Wahlkampf bei der FDP "mit Zuckerbrot und Peitsche" (wie sein "Liebeswerben" von der FDP-Führung beurteilt wurde).

Köppler hat die FDP einmal als "Erfüllungsgehilfen der SPD" bezeichnet und zeigte sich dann wieder jovial zur Koalition mit der FDP bereit. Heute dementiert er es eifrig, daß er dieser von ihm oft "maßregeln" und beschimpften FDP vier Ministersessel nach der Wahl anbieten wollte.

### Noch stärkere Zusammenarbeit mit Bonn

Schon bald nach Beginn der Koalitionsverhandlungen von SPD und

FDP nahmen die beiden Landesvorsitzenden jeden (spekulativen) Wind aus den Segeln, als sie erklärten, daß schon die ersten Gespräche in "hohem Maße in sachlicher Übereinstimmung in der politischen Zielsetzung verlaufen seien. Nicht Personalfragen, sondern Sachfragen standen im Mittelpunkt. Die FDP wird gemäß ihrem Anspruch wie im alten Kabinett wieder zwei Ministerien besetzen, und zwar das Innenministerium (wieder mit Weyer an der Spitze) und das Wirtschaftsministerium. Allerdings sind oder werden diese Ressorts noch mit weiteren Zuständigkeiten ausgestattet. Das Bauministerium, bisher von dem aus der Politik ausscheidenden FDP-Minister Dr. Hermann Kohlhaase geleitet, wird aufgelöst. Seine Kompetenzen werden sinnvoll auf andere Ministerien übertragen. Das Kultusministerium wird geteilt in ein Schulministerium aller Wahrscheinlichkeit nach wieder mit Prof. Fritz Holthoff (SPD) an der Spitze und in ein Hochschulministerium, für dessen Übernahme der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Rau als aussichtsreicher Kandidat genannt wird. Darüber und auch über die weiteren Ministerkandidaten ist offensichtlich noch nicht das letzte Wort gesprochen, wenn auch zu erwarten ist, daß Ministerpräsident Kühn die bisherigen SPD-Minister ins neue Kabinett berufen wird. - Für die Zukunft des Landes entscheidender ist indes die erzielte Übereinstimmung mit der Bundespolitik (Minister Weyer unterstrich die noch stärker werdende "bundespolitische Bezogenheit" der Landespolitik). Das zielt einmal auf eine noch größere Koordinierung von Bundes- und Landespolitik, zum anderen auf die Übertragung größerer Kompetenzen an den Bund hin. Das betrifft u.a. den Hochschulbereich, Fragen des Umweltschutzes, der inneren Sicherheit, wie z.B. das Polizeiwaffenrecht und die Neueinteilung in nur noch fünf Bundesländer. Die Bildungspolitik wird noch größere Bedeutung erlangen. Das gilt ebenso für die besonders von der FDP ventilierter Frage der schulpolitischen Entkonfessionalisierung, wobei ebenfalls Übereinstimmung erzielt wurde. Wichtigster Bestandteil der Landespolitik ist das - vor dem 14. Juni - gemeinsam von SPD und FDP konzipierte "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975", der zweite mittelfristige Handlungsplan der Regierung Kühn/Weyer.

#### Sicher in die Zukunft

Unter diesem Leitgedanken ließen und lassen sich die Regierungsblickrichtungen der alten und neuen Regierung Kühn/Weyer zusammenfassen. Über 17 Millionen Menschen sicher durch die siebziger Jahre zu führen ist das erklärte Ziel der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten. Die Sozialdemokraten unter Heinz Kühn wollen gemeinsam mit der FDP das begonnene Werk fortsetzen! "Jetzt fangen wir erst richtig an", lautete der Wahlslogan der SPD. Er gilt jetzt noch viel mehr!

### Wachablösung in London

#### Edward Heath entwand Harold Wilson die Macht

Auch die zweite Labour-Regierung nach dem Krieg war nicht von Dauer. Als die Regierung Wilson, 1964 an die Macht gekommen, Ende März 1966 ihre Mehrheit konsolidierte, schienen die Tories auf lange Zeit aus den Amtsstuben Whitehalls verbannt. Die Labour-Party, so wurde gesagt, habe die Konservative Partei als die natürliche Regierende Partei des Landes abgelöst. Diese politik-wissenschaftliche Deutung erwies sich als irrig. Vielleicht, weil sie unterschätzte, wie schwer der britischen Arbeiterpartei das Leben mit der Macht fällt, da sie als Protest- und Oppositionspartei ins Leben trat und sich auf diese Rolle eingestellt hatte. In den jetzt vor ihnen liegenden Oppositionsjahren werden Harold Wilson und seine Mannschaft, die in der Regierung das Schalten an den Hebeln des Staatsapparats gelernt haben, alles daran setzen müssen, ihre Partei für die nächste Regierungsverantwortung besser zu rüsten. Denn auch die Regierung Heath wird nicht ewig währen. Konsumgesellschaften verlangen, auch in Politik und Staatsführung, häufigen Wechsel, neue Angebote, neue Ideen.

Wilson hat gegen die Bedenken vieler Parteifreunde, allerdings abgesichert durch sein Kabinett, Wahlen im Juni gewagt. Im Vertrauen auf das Sommer Sonnenwetter und Meinungsumfrageergebnisse, die samt und sonders einen Trend zu Labour verhiessen, verzichtete er auf eine gründliche Vorbereitung seiner Anhängerschaft, die in den vergangenen Jahren offensichtlich desertiert war. Um die Arbeiterpartei nach der Mitte hin attraktiv zu machen, sprach Wilson sich für Beständigkeit und gegen den Wechsel und die Veränderung aus. Er stellte auch sein Wahlprogramm nicht zur Diskussion, sondern begnügte sich mit dem Hinweis auf die Errungenschaften seiner Regierung. Labour blickte nicht nach vorn, sondern zurück. Das blieb nicht ungestraft.

Es war Toryführer Heath, der das Wilsonrezept von 1964 anwandte. Er predigte die Veränderung. Er stellte der Regierung unangenehme Fragen. Auf die Gefahr hin, eine neue Krise zu schüren, warf er das Stichwort von einer nochmaligen "Pfundabwertung" in die Debatte. So schreckte er die Wähler, die von Labour in Ruhe gewiegt wurden, auf. Da die Labour-Regierung, wie sie selber sagte, die Wirtschaft des Landes auf eine solidere Basis gestellt hat, ließen die Wähler die Tories getrost zurückkehren, in der Hoffnung, daß sie ihnen mit den

Steuersenkungen, die sie versprochen, die Härten der Labour-Zeit ersparen werden.

Daß Heath das vermag, darf von vornherein bezweifelt werden. Steuersenkungen und Minderung der öffentlichen Ausgaben vertragen sich nicht mit der Übernahme einer militärischen Präsenz ostwärts von Suez, zu der sich die Konservativen verpflichtet haben. Auch sonst wird man nach Tische manches anders lesen als vorher. Für die Opposition wird es viele Ansätze geben, wenn sie sich jetzt darauf besinnt, daß sie für gesellschaftliche Reformen geschaffen wurde.

Von einem Thema sollte sie allerdings die Hände lassen. Die bevorstehenden Beitrittsverhandlungen zur EWG, deren historische Bedeutung von kaum jemand im Wahlkampf angesprochen und diskutiert wurde, wären das falsche Objekt einer Oppositionsrolle. Sich die Anti-Marktstimmung gewisser Kreise im Land zunutze zu machen und der Regierung Heath die Verhandlungen zu erschweren, käme einem Verrat an der Europa-Idee und an den kontinentalen Bruderparteien gleich. Wilson, der seinen im Wahlkampf unterlegenen Stellvertreter George Brown künftig entbehren muß, könnte seine Konversion zum "Europäer" als Führer der Opposition schlagend beweisen, wenn er den Marktgegnern auf dem rechten Tory- und dem linken Labour-Flügel mit der Regierung zusammen entgegen treten würde. Damit schüfe er sich die Basis in der Mitte, die zu übernehmen er für die nächsten Wahlen dringend braucht.

Sein Glück ist, daß die Konservative Partei unter dem Einfluß von Enoch Powell so weit nach rechts abwandern dürfte, daß Heath sie nur mit viel Mühe zusammenhalten können wird. Sicher ist die Position von Edward Heath nach dem Wahlerfolg zunächst gesichert. Dreißig Mann Mehrheit erlauben überdies eine gute Weile unbehindertes Regieren. Aber wenn erst die Enttäuschungen und Fehlschläge kommen, wird er den Rechtsruck zu spüren bekommen. Diese Entwicklung wird Wilsons Opposition neue Chancen geben. Denn als die dann kommende Partei der Mitte kann sie wieder regierungsfähig werden und die nächste Wachablösung vollziehen.

Hans Joachim Weröhe, London